EFB- Modell Berlin – ein Weg in die Zukunft

Achim Haid-Loh und Rainer Zeddies

Fachtag „Jugendamt und Erziehungsberatung im Dialog“

Rendsburg 04.12.2007

Ausgangslage

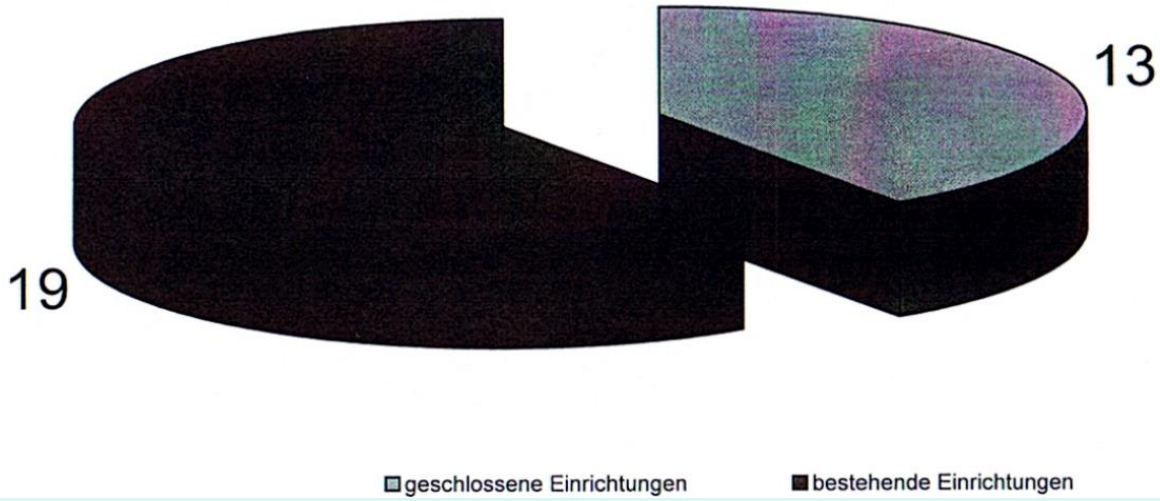
- 1997 :Abgeordnetenhaus fordert ein Konzept zu Zukunftssicherung und Weiterentwicklung der EFB
- 1998: EFB in freier Trägerschaft wegen gekürzter Landeszuwendung stark dezimiert
- EFB in kommunaler Trägerschaft droht wegen Besetzungssperre:Überalterung+Stellenverlust
- Jugendämter müssen HzE-Ausgaben drastisch senken....!
- 2000: LJA + Liga legen Konzept vor für ein „Berliner Modell“ zur Zukunftssicherung der EFB.

Ziele der Neustrukturierung:

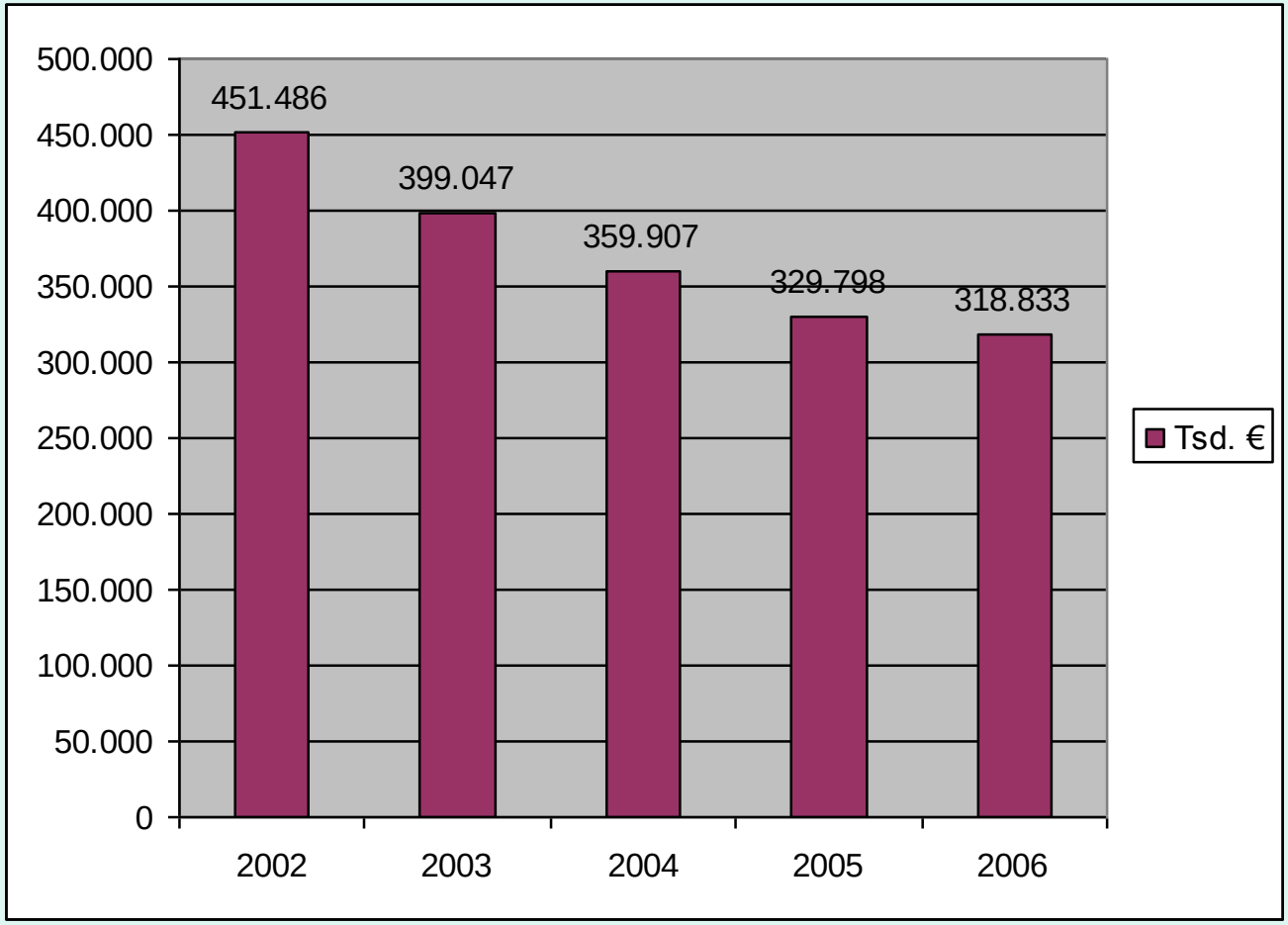
„Zukunftssicherung der Erziehungsberatung....“

- Sicherung einer mindestens 50prozentigen Versorgung mit Erziehungsberatungsfachkräften
- Ausgewogen verteilte Angebote im Sozialraum (soziale Versorgungsgerechtigkeit)
- Sicherung einheitlicher Qualität der Beratung
- Sicherung fallübergreifender präventiver Angebote
- Dämpfung der Zuwächse der HzE- Ausgaben
- Vermeidung von unplanmäßigen Zusatzkosten in den Bezirken durch Ziel- und Planvorgaben
- Entlastung kommunaler Beratungsstellen

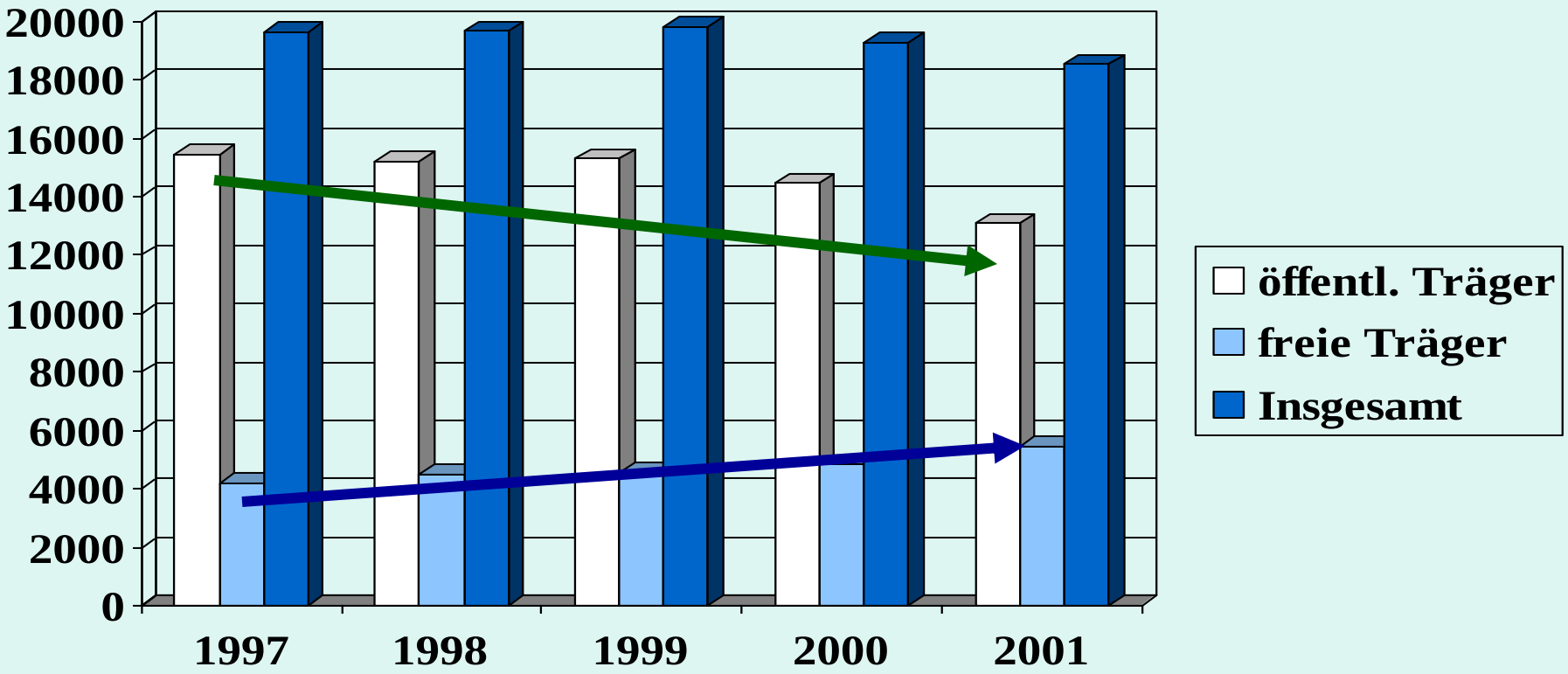
Abbau der Beratungsstellen in freier Trägerschaft zwischen 1995 und 1998



HzE- Ausgaben Berlin



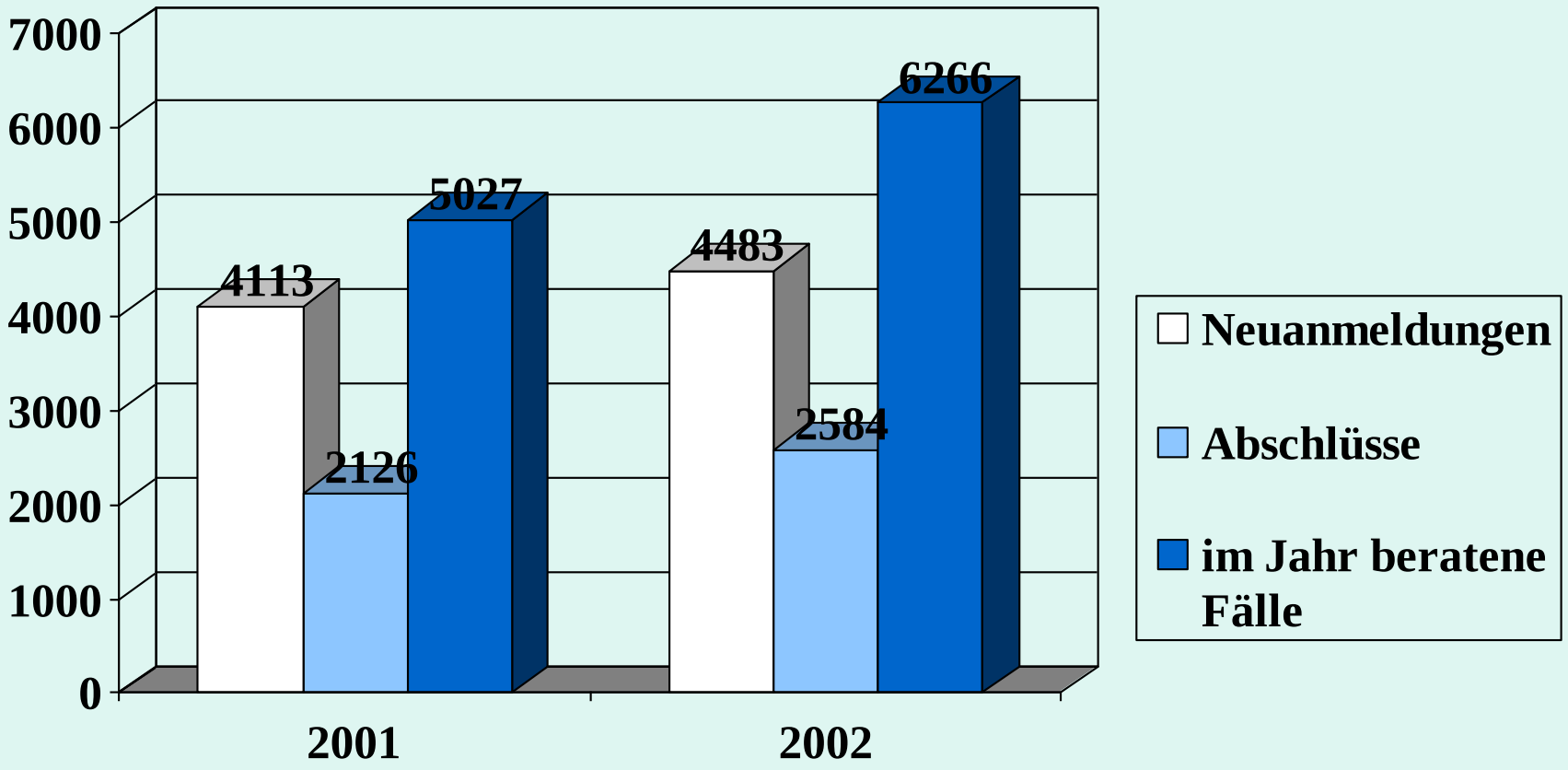
Institutionelle Beratung in Berlin



Anteil der Beratungsfälle bei ...

	1997	2002
öffentlichen EFB'en	3/4	2/3
freien EFB	1/4	1/3

Fälle der freien Erziehungsberatung in Berlin



Ansatz der Neustrukturierung „Zukunftssicherung der Erziehungsberatung in Berlin“

Strukturmodell

je Bezirk mind. eine freie EFB

Zusatzteam

1+ xy Fachkräfte

Leistungsvertrag mit Bezirk über xy Fälle

(Fallpauschalen)

Trägereigen-mittel

mind. 20.000 €

Kernteam

3 Ffachkräfte

0,75 Sekr.

Ca 80 - 120 abge.Fälle

0,5 VZSt Prävention

0,5 VZSt Vernetzung

0,5 VZST Leitung

Zuwendung durch LJA

Defin. eines Leistungs-korridors

Organisation

Aufsichtsrat: Kooperationsgremium

Fachliche Begleitung: „Ständiger Ausschuß“

Fachliche Beratung: AG EFB-LeiterInnen

- **Jährliche Evaluation und Berichterstattung**
- **3-jährige Laufzeit mit Option**
- **Paritätische Besetzung der Gremien (Land/Liga/Kommune)**
- **Fachliche Standardisierung und Reflexion**
- **Keine Kapazitätskürzungen**

Finanzierung der freien Erziehungs- und Familienberatung 2001-2003

Träger-eigenmittel

2001: 913.888 €	
2002: €	

Mind. 20.000 € jährlich
= 10 % vom Sockel
+ Fehlbedarfsausgleich

Bezirklicher Anteil

2001:1.685.928 €	= 2.126 reg. Fälle
2002:2.229.704 €	= 2.557 reg. Fälle

Jährl. Leistungs-vertrag:
Fallpauschale
= 872 € x n Fälle

Sockelfinanzierung durch Landesjugendamt

je Einrichtung

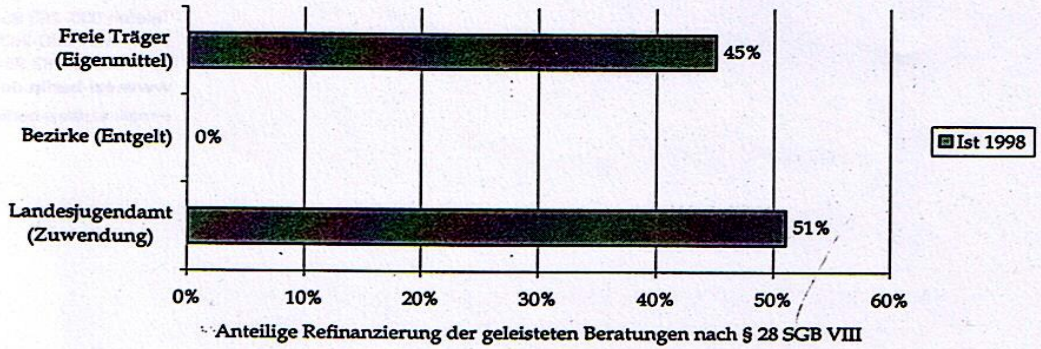
Dreijähriger Zuwendungs-vertrag

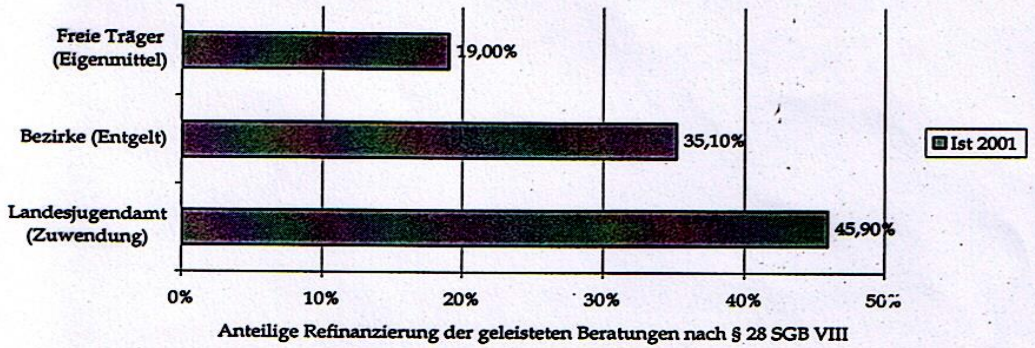
2001-2003: jährlich 184.000 €	Für ca. 120 überregionale Fälle + 0,5 VZSt Prävention + 0,5 VZSt Vernetzung + 0,5 VZSt Leitung	Je Einrichtung = 3 Fachstellen + 0,75 Sekretariat + Sachmittelzuschuss

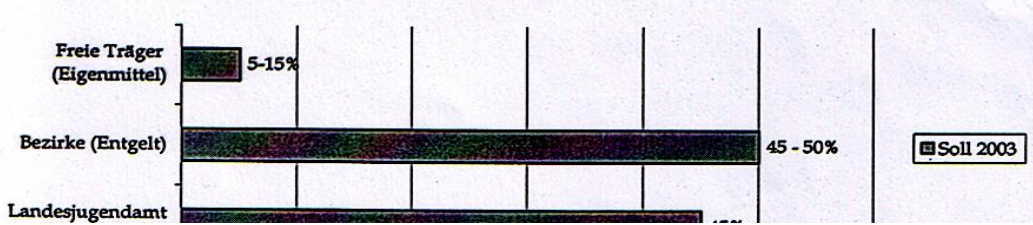
Gesamt: 2.208.000 €

Entwicklu aftl.

Entwicklung der Refinanzierung von Leistungen nach § 28 SGB VIII durch die öffentl. Hände in EFB-Berlin







Berechnung der Fallpauschale (1)

Jahresarbeitsstunden pro Beraterfachkraft		2.009 h
vereinbarte Ausfallzeiten		-415 h
Verbleibende Jahresarbeitsstunden		1.594 h
X3 Beraterfachkräfte		4.782 h
Personalkosten (Durchschnittssätze BAT 2002)		
1,000 Dipl.-Psychologe/in mit Zusatzausbildung	Ib	65.870 €
1,000 Kinder- und Jugendtherapeut/in	III	55.940 €
1,000 Sozialarbeiter/in m. therap. Zusatzausbildung	IVa	52.160 €
0,375 Leitung	Ib	24.701 €
0,750 Verwaltungsfachkraft	VIb	27.653 €
Sonstige Personalkosten einschl. Supervision		3.888 €
Sachkosten		
Verwaltungskosten (Miete, Sachaufwand u.a.)		9.203 €
Miete für Beratungsräume u.a.		4.666 €
Wirtschaftsaufwand		2.333 €
Betreuungsaufwand einschl. päd. Sachmittel		3.422 €
Sachkosten je Fallpauschale		19.624 €

Berechnung der Fallpauschale (2)

Sachkosten je Fallpauschale 19.624 €
einschl. Fortschreibung ab 01.09.2001
(Fortschreibung um 2,35% wie per Beschluss VK für HzE- Leistungen) **20.085 €**

insgesamt 250.297 €

Fiktive Fachleistungsstunde nach § 28 = 54,52 €

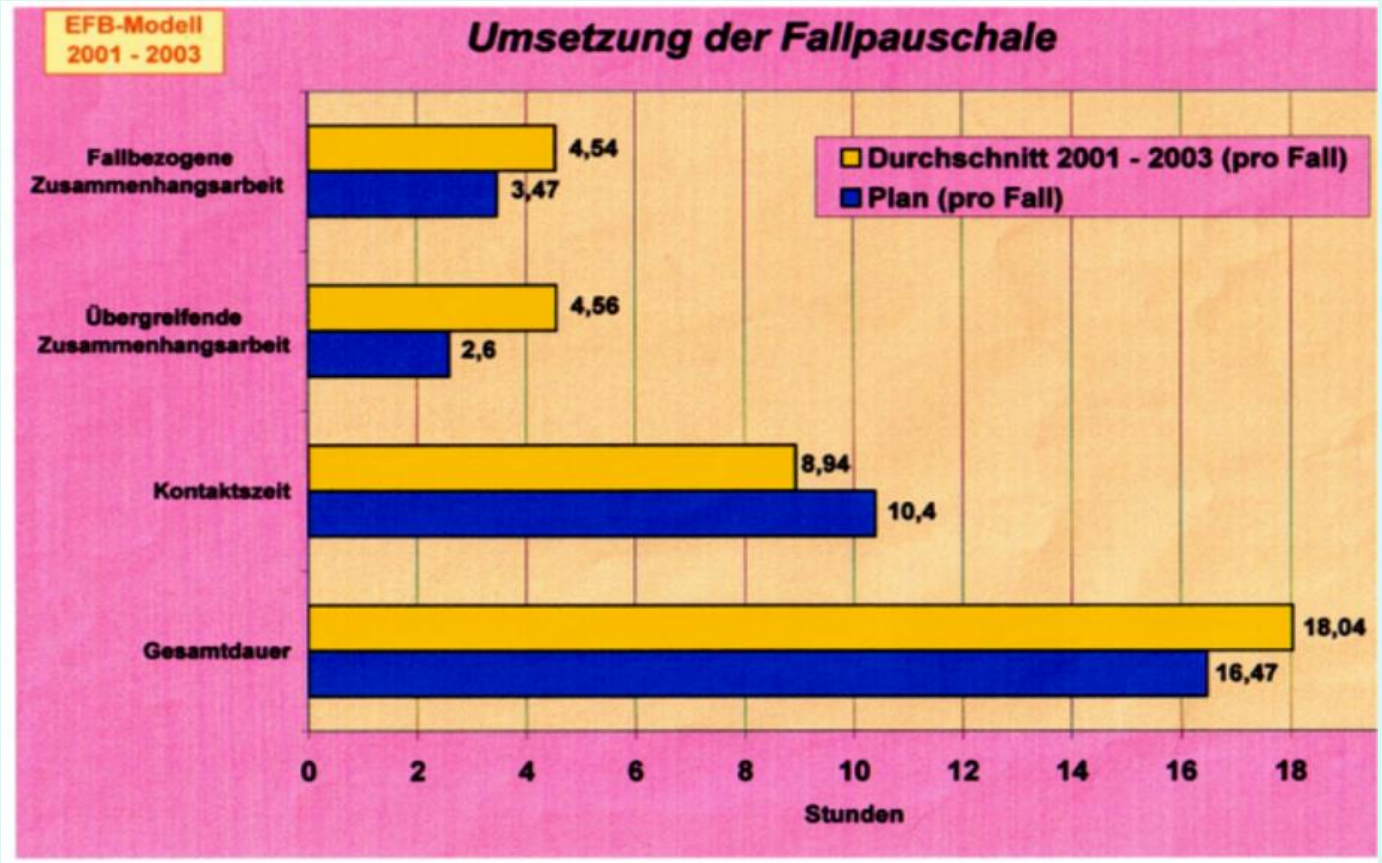
Fallpauschale:

Empirisch ermittelte durchschnittl. Stundenzahl x Flstd.-Satz)
18,04 Std. (anstelle 16,47 h in Modellannahme) **x 54,52 € = 983,59 €**
pro abgeschlossenem Fall

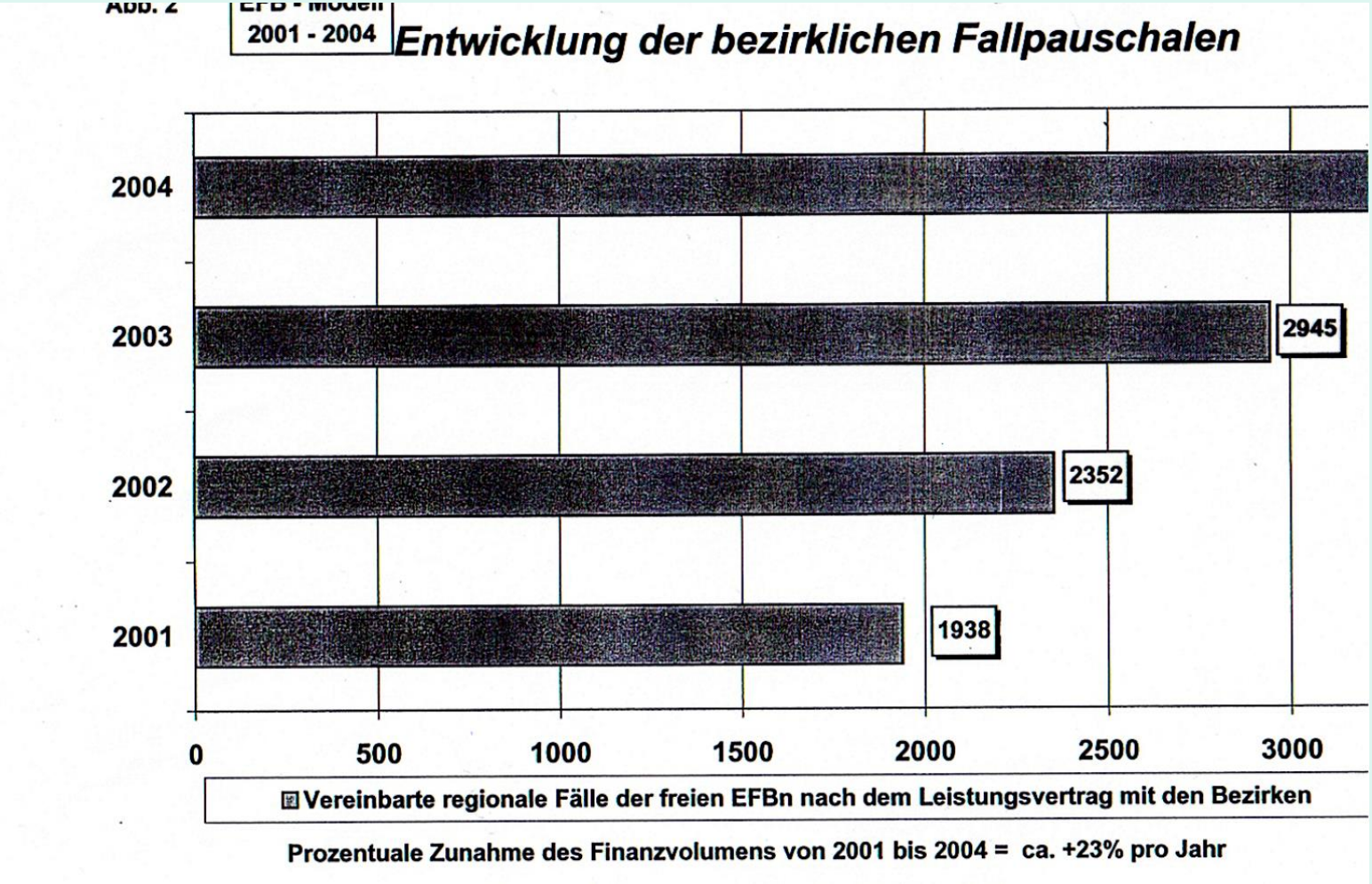
Fallpauschale abgesenkt entsprechend der drei Stufen (3%,3%,2%),

die im ***BRVJ*** für die Jahre 2003, 2004 und 2005 vereinbart wurden ***906,95 €***

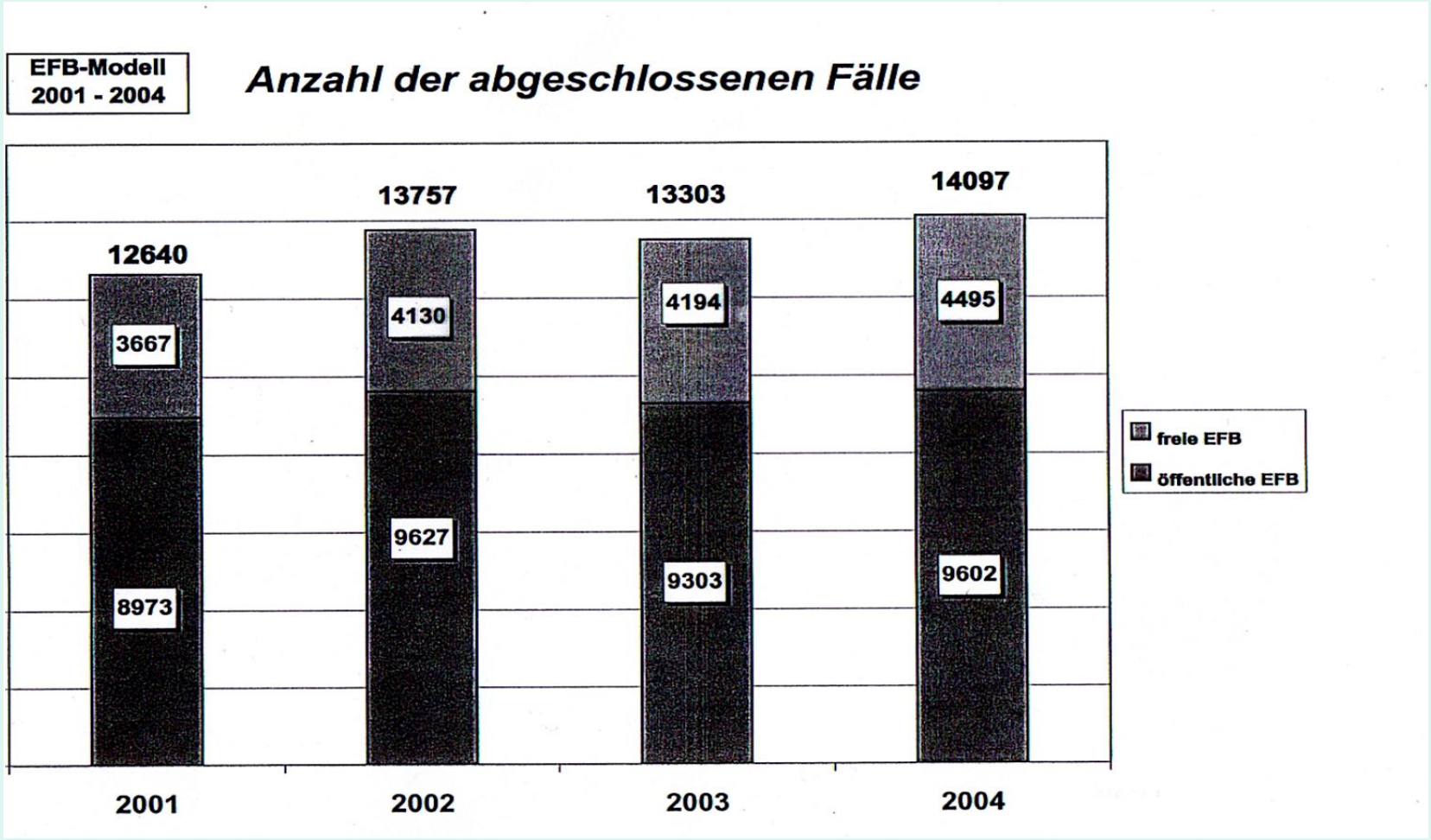
Umsetzung der Fallpauschale



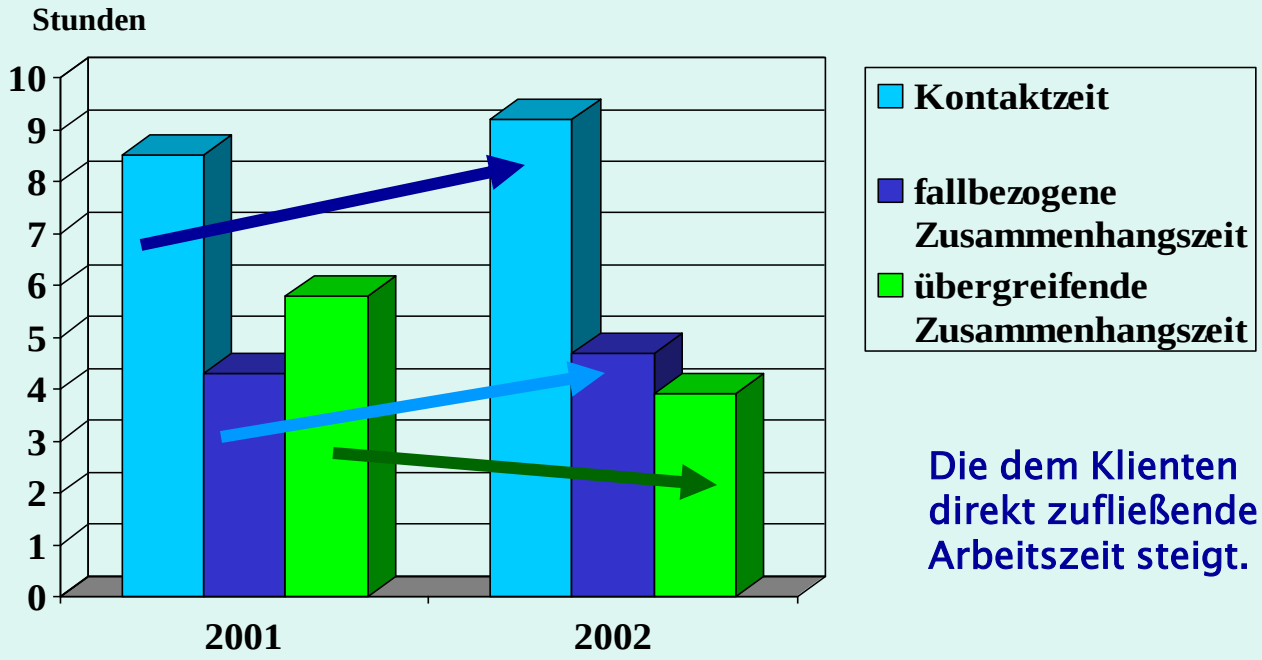
Entwicklung der bezirklichen Fallpauschalen



Anzahl der abgeschlossenen Fälle



Qualität der freien Erziehungsberatung



Die Effizienz stieg deutlich:

Während sich Zahl der Berater leicht erhöhte, steigerte sich

- die Zahl der beratenen Fälle
- die Zahl der Kontakte und
- der Anteil der direkt dem Klienten zufließenden Arbeitszeit wesentlich stärker.

Die dem Klienten direkt zufließende Arbeitszeit steigt.

	2001	2002	*Steigerung in %*
Kontaktzahl	7,6	**8,7**	+14,5
bearbeitete Fälle je Berater	74,8	**88,7**	+18,6
Beraterzahl in VZSt	67,2	70,6	+ 5,1

Umsetzung der Rahmenvereinbarung
Effekte

Versorgung	Qualität der Beratung	Weiteres
Gerechtigkeit durch gleichmäßigere Verteilung über die Bezirke	Klare fachliche Standards gesetzt und gewährleistet	Klare Berichterstattung und damit Transparenz
Stabilität der Beratung bei steigender Nachfrage	Auf- und Ausbau weiterer Angebote: •Interkulturelle Angebote •Präventive Angebote	Bessere Kalkulation und Zukunftsgestaltung Verjüngung des BeraterInnen-alters durch Neueinstellungen
Entlastung der bezirklichen Jugendämter und EFB'en	Vermeidung kostenintensiver stationärer Hilfen durch rasche und niederschwellige Hilfe (vereinfachte Hilfeplanung)	Optimale strukturell-organisatorische Bedingungen: •Kooperationsgremium •AG Zukunft •AG EB-Leiter
Schaffung von Planungsgrundlagen	Nachfrage-orientierte fachliche Profilierung möglich und in Angriff genommen	Verbesserte Kooperation mit anderen Diensten vor Ort

Haben sich die Finanzierungsgrundlagen bewährt?

Sockelfinanzierung durch Zuwendung	Bezirkliche Finanzierung durch Fallpauschalen	Eigenmittel des Trägers
Führte zur Definition des Fall- und Leistungskorridors und gewährleistet damit dem Zuwendungsgeber fachliche und quantitative Planungssicherheit	gewährleistet ein integratives Produkt, das ermöglicht •hohe Flexibilität •Vermeidung teurerer Hilfen •Planungssicherheit für Träger und Ratsuchende	Liegt deutlich über der geforderten Mindesthöhe von 20.000 € je Jahr, was die Finanzierung sichert, aber die freien Träger weterhin fordert
•Gibt dem Träger Planungssicherheit •Zeitraum von drei Jahren ist angemessen sowohl um Kontinuität als auch Überprüfung zu gewährleisten	Spart Verwaltungsaufwand und ist einfaches Verfahren, das niederschwelligen Zugang zeitnah und zuverlässig gewährleistet	Träger leisten eine Art Fehlbedarfsfinanzierung und haben ein relativ hohes Kostenrisiko
Steuerung bei mangelnder oder asymetrischer überregionaler Inanspruchnahme ist zu klären....	Höhe ist •bei Personalmitteln gerade ausreichend, •bei Sachmitteln zu gering	Berechnungsgrundlagen der Eigenmittel sind noch zu vereinheitlichen
Ermöglicht einen stabilen Ausbau der präventiven Angebote und Sicherung der vernetzenden Tätigkeit	fördert evtl. Trend zu kurzen Beratungen Beschränkt evtl. innovative Angebote z.B. intermittierende Beratungen	
Ist relativ starr und zwingt zu Abweichungen von Tarifregeln	Wirtschaftliches Risiko wird auf den Träger verlagert	
	Modalitäten der Dynamisierung sind zu vereinbaren....	

Fazit: Das Modell hat sich deutlich bewährt, Veränderungsprozesse sollten jedoch möglich werden, ohne das Gesamtmodell zu kippen !

Fazit (1)

- Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechts der Bürgerinnen und Bürger
- Höhere Versorgungsgerechtigkeit landesweit und regional
- Planungssicherheit für Träger und Jugendämter
- Beitrag zur Kostendämpfung und Umsteuerung HzE
- Ausbau der beratungsorientierten Einzelfallarbeit vor Ort
- Gesteigerte Effizienz in der Beratung
- Ausbau der präventiven Angebote in den Regionen
- Flexibilität und interkulturelle Innovation
- Selbstoptimierung des Modells durch trilaterale Kooperation, Transparenz und kontinuierliche kritische Evaluation

Fazit (2)

- Erwartungen der Jugendämter an die öffentliche EFB:
  - Fachdiensttätigkeit
  - Mitwirkung in HzE- Steuerung
- Erwartungen der Jugendämter an die freie EFB:
  - Einbindung in die regionale Versorgung(SRO)
  - Regional bezogene Prävention
- AG § 78 als Abstimmungsinstrument